

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIV
Einführung	1

Teil 1

Verfahrenstheoretische Annäherung – Die Prozessverantwortung des Beschuldigten im Strafverfahren

I. Begründung und Ausformung der Prozessverantwortung des Beschuldigten im Strafverfahren	5
A. Prozessverantwortung der Verfahrensbeteiligten aufgrund ihrer Subjektstellung	5
B. Beteiligung und Prozessverantwortung des Beschuldigten zur Legitimation des Strafurteils	11
C. Ausformung der Prozessverantwortung des Beschuldigten	29
II. Folgerungen für die Ausgestaltung des Strafverfahrens	33
A. Allgemeine Anforderungen an die Verfahrensrechte des Beschuldigten	34
B. Anforderungen an die materiellen Beteiligungsrechte des Beschuldigten	36
C. Formelle Absicherung der materiellen Beteiligungsrechte	42
D. Folgerungen für die Verfahrensstruktur	46
III. Zusammenfassung und Ausblick	49

Teil 2

Die Ausgestaltung der Prozessverantwortung des Beschuldigten nach der Grundkonzeption des deutschen Strafverfahrens

I. Einführung	51
II. Verfahrensstruktur und Legitimation des Strafurteils	51
A. Verfassungsrechtliche Vorgaben	52
B. Einfachgesetzliche Ausgestaltung	61
C. Verfahrensstruktur und zugrunde liegendes Staatsverständnis	68
III. Materielle Beteiligungsrechte des Beschuldigten und daraus resultierende Obliegenheiten	71

A.	Informationsrechte zur Vorbereitung von Beweisführungen	71
B.	Beweisführungsrechte des Beschuldigten	73
C.	Resultierende Obliegenheiten des Beschuldigten	102
D.	Bewertung	112
IV.	Absicherung der praktischen Handhabbarkeit der Beteiligungsrechte	114
A.	Gerichtliche Fürsorge	114
B.	Formelle Verteidigung	119
C.	Verhältnis der Absicherungen	134
D.	Grundsatz der Waffengleichheit als weiterer Absicherungsmechanismus? ..	134
E.	Bewertung	135
V.	Abschließende Bewertung	139

Teil 3

**Die Steigerung der Prozessverantwortung des Beschuldigten
seit den 1990er-Jahren**

I.	Einführung	142
II.	Die Situation des deutschen Strafverfahrens seit den 1990er-Jahren	143
A.	Das deutsche Strafverfahren in der „Krise“	143
B.	Verteidigungsverhalten als (Mit-)Ursache der Krise	147
C.	Strukturelle Grenzen einer materiellen Beschränkung von Beteiligungs- rechten des Beschuldigten	155
III.	Regelungsgehalt der geschaffenen Neuerungen	161
A.	Beanstandung von Fehlern der tatgerichtlichen Untersuchung	162
B.	Eigene Beweisführung des Beschuldigten	197
C.	Konsensuale und kooperative Verfahrensbeendigungen	213
IV.	Steigerung der Prozessverantwortung des Beschuldigten infolge der neuen Regelungen	241
A.	Steigerung der Prozessverantwortung des Beschuldigten als Ausweg aus der Krise des deutschen Strafverfahrens	242
B.	Steigerung der Prozessverantwortung des Beschuldigten im Einzelnen	243
C.	Zwischenergebnis	260
V.	Aushöhlung der Beschuldigtenrechte infolge der Steigerung der Prozessverantwortung	262
A.	Das Risiko der Aushöhlung der Beteiligungsrechte des Beschuldigten	262
B.	Verwirklichung des Risikos im Einzelnen	265
C.	Zwischenergebnis	277
VI.	Zusammenfassung und Ausblick	278

Teil 4
**Rechtsvergleichende Perspektive – Prozessverantwortung
im US-amerikanischen Strafverfahren**

I. Einführung	280
A. Ziel und Gegenstand der Vergleichung	280
B. Vorgehensweise bei der Vergleichung	282
C. Für die Vergleichung relevante weitere Strukturelemente neben dem adversatorischen Beweisverfahren	283
II. Verfahrensstruktur und Legitimation des Strafurteils	291
A. Verfassungsrechtliche Vorgaben	291
B. Einfachgesetzliche Ausgestaltung	294
C. Verfahrensstruktur und zugrunde liegendes Staatsverständnis	305
III. Materielle Beteiligungsrechte des Beschuldigten und daraus resultierende Obliegenheiten	306
A. Informationsrechte zur Vorbereitung von Beweisführungen	306
B. Beweisführungsrechte des Beschuldigten im streitigen Verfahren	314
C. Beweisführungsrechte des Beschuldigten im konsensualen Verfahren	342
D. Resultierende Obliegenheiten des Beschuldigten	348
E. Vergleichende Bewertung	356
IV. Absicherung der praktischen Handhabbarkeit der Beteiligungsrechte	360
A. Fürsorge staatlicher Akteure	360
B. Formelle Verteidigung	362
C. Vergleichende Bewertung	383
V. Abschließende vergleichende Bewertung und Ausblick	389

Teil 5
Erörterung von Lösungsansätzen

I. Grundausrichtung der zu erarbeitenden Vorschläge	392
A. Systematisierung möglicher Ansätze	392
B. Keine „Rückkehr zur alten StPO“	393
C. Zwischenergebnis	399
II. Denkbare Lösungsansätze	399
A. Ausbau der Informations- und Beteiligungsrechte im Ermittlungs- verfahren	400
B. Ausweitung des Anwendungsbereichs notwendiger Verteidigung	407
C. Verstärkte Qualitätssicherung formeller Verteidigung	410
D. Verfahrensrechtliche Konsequenzen aus unzureichender Verteidigung	414
E. Schlussbemerkung: Rechtspolitische Realisierungschancen	425

III. Anlass für eine Neuorientierung des gesamten Verfahrens?	426
A. Die drohende „Parteirolle“ des Gerichts	427
B. Überlegungen zu einer Neuorientierung des Verfahrens	430
Schlussbetrachtung	435
Literaturverzeichnis	439

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXIV
Einführung	1

Teil 1

Verfahrenstheoretische Annäherung – Die Prozessverantwortung des Beschuldigten im Strafverfahren

I. Begründung und Ausformung der Prozessverantwortung des Beschuldigten im Strafverfahren	5
A. Prozessverantwortung der Verfahrensbeteiligten aufgrund ihrer Subjektstellung	5
1. „Korrespondenzverhältnis“ von Freiheit und Verantwortung	5
2. Prozessverantwortung als Kehrseite der Subjektstellung der Verfahrensbeteiligten in rechtlichen Verfahren	8
a) Subjektstellung und prozessuale Mitwirkungsrechte der Verfahrensbeteiligten	8
b) Prozessverantwortung als Kehrseite der Subjektstellung	9
B. Beteiligung und Prozessverantwortung des Beschuldigten zur Legitimation des Strafurteils	11
1. Unzureichende Legitimation des Strafurteils durch die amtliche Wahrheitsermittlung	11
a) Legitimation durch amtliche Wahrheitsermittlung	11
aa) Amtliche Ermittlung der materiellen Wahrheit als (Zwischen-)Ziel des Verfahrens	12
bb) Überformung durch den Schutz außerprozessualer Rechtsgüter	14
b) Unsicherheit der amtlichen Wahrheitsermittlung	16
aa) Einfluss des materiellen Rechts	16
bb) Faktische Grenzen der Wahrheitsermittlung im Straf- verfahren	17
cc) Abkehr von der materiellen Wahrheit als (Zwischen-)Ziel des Verfahrens?	20
c) Zwischenergebnis: Notwendigkeit einer weiteren Legitimationsgrundlage	22

2.	Beteiligung und Prozessverantwortung des Beschuldigten als zweite Legitimationsgrundlage des Strafurteils	22
a)	Vorbemerkung: Kompensierende Legitimation durch Verfahren ...	23
b)	Beteiligung des Beschuldigten an der Sachverhaltsermittlung	24
c)	Mitverantwortung für das Urteil als Kehrseite der Beteiligung	26
3.	Zusammenfassung	29
C.	Ausformung der Prozessverantwortung des Beschuldigten	29
1.	Die Obliegenheit als Grundbegriff der Prozessverantwortung	29
2.	Beanstandungs- und Mitwirkungsobliegenheiten	31
3.	Nähere Ausgestaltung der Obliegenheiten, insbesondere „prozessuale Sanktionen“	32
II.	Folgerungen für die Ausgestaltung des Strafverfahrens	33
A.	Allgemeine Anforderungen an die Verfahrensrechte des Beschuldigten	34
B.	Anforderungen an die materiellen Beteiligungsrechte des Beschuldigten	36
1.	Informations- und Vorbereitungsrechte	36
2.	Beweisführungsrechte	36
a)	Beanstandung der staatlichen Beweisführung	37
b)	Mitgestaltung der staatlichen Beweisführung	37
c)	Eigene Beweisführung	38
3.	Speziell: Möglichkeit der Beteiligung durch Konsens	39
C.	Formelle Absicherung der materiellen Beteiligungsrechte	42
1.	Kompetenzdefizite in der Person des Beschuldigten	43
2.	Ausgleich durch formelle Absicherungsmechanismen	44
a)	Hilfestellungen staatlicher Verfahrensorgane	44
b)	Formelle Verteidigung	45
D.	Folgerungen für die Verfahrensstruktur	46
1.	Grundsätzlicher Ausgestaltungsspielraum des Gesetzgebers	46
2.	Speziell: Keine Festlegung auf ein Prozessmodell	47
III.	Zusammenfassung und Ausblick	49

Teil 2

**Die Ausgestaltung der Prozessverantwortung des Beschuldigten
nach der Grundkonzeption des deutschen Strafverfahrens**

I.	Einführung	51
II.	Verfahrensstruktur und Legitimation des Strafurteils	51
A.	Verfassungsrechtliche Vorgaben	52
1.	Amtliche Wahrheitsermittlung	53
a)	Verfassungsrechtliche Herleitung	53
b)	Inhaltliche Vorgaben	55

2.	Beteiligung und Prozessverantwortung des Beschuldigten	57
a)	Verfassungsrechtliche Herleitung	58
b)	Inhaltliche Vorgaben	60
3.	Ausgestaltungsspielraum des Gesetzgebers	61
B.	Einfachgesetzliche Ausgestaltung	61
1.	Das deutsche Amtsermittlungsverfahren	61
2.	Gewichtung der Legitimationsgrundlagen des Strafurteils	63
a)	Amtliche Wahrheitsermittlung durch das Tatgericht	63
b)	Beteiligung und Prozessverantwortung des Beschuldigten als bloßem Verfahrensbeteiligten	64
c)	Zusammenfassung	65
3.	Strukturimmanente Vorzüge und Defizite	66
a)	Besonders zuverlässige materielle Wahrheitsermittlung durch das Tatgericht?	66
b)	Systemimmanentes Problem der richterlichen Vorein- genommenheit	66
C.	Verfahrensstruktur und zugrunde liegendes Staatsverständnis	68
1.	Das Amtsermittlungsverfahren als obrigkeitsstaatliches Relikt	68
2.	Austausch durch ein sozialstaatliches Verständnis	70
III.	Materielle Beteiligungsrechte des Beschuldigten und daraus resultierende Obliegenheiten	71
A.	Informationsrechte zur Vorbereitung von Beweisführungen	71
1.	Zugang zu Informationen der Strafverfolgungsbehörden	71
2.	Informationsverschaffung durch eigene Ermittlungen	72
B.	Beweisführungsrechte des Beschuldigten	73
1.	Ausgangspunkt: Die gerichtliche Untersuchung	74
a)	Umfang der gerichtlichen Untersuchung	74
b)	Gestaltung der gerichtlichen Untersuchung	76
2.	Beanstandung der gerichtlichen Untersuchung	77
a)	Beanstandung sachleitender Anordnungen im Hauptverfahren	77
b)	Beanstandung im Revisionsverfahren im Wege der Verfahrensrüge	78
aa)	Formelle Anforderungen an die Verfahrensrüge	78
bb)	Rügepotenzial der Verfahrensrüge	79
cc)	Einschränkungen des Rügepotenzials (Verbot der Rekon- struktion der Hauptverhandlung)	80
c)	Beanstandung im Revisionsverfahren im Wege der Sachrüge (sog. „Darstellungsrüge“)	83
d)	Stellenwert und verfassungsrechtliche Fundierung	85
3.	Inhaltliche Begleitung der gerichtlichen Untersuchung	87
a)	Erklärungsrechte	87

b)	Fragerechte	88
aa)	Rechtliche Ausgestaltung	88
bb)	Speziell: Ausfall des Fragerechts	91
c)	Stellenwert und verfassungsrechtliche Fundierung	94
4.	Ergänzende eigene Beweisführung	96
a)	Beweisanträge	96
b)	Beweisermittlungsanträge und Beweisanregungen	98
c)	Verhältnis zur gerichtlichen Aufklärung	99
d)	Stellenwert und verfassungsrechtliche Fundierung	101
C.	Resultierende Obliegenheiten des Beschuldigten	102
1.	Bloße Beanstandungsobliegenheiten im Rechtsmittelverfahren	103
2.	Ausnahmsweise bestehende Obliegenheiten zur Mitwirkung in der Hauptverhandlung	104
a)	Bezugspunkte der Mitwirkungsobliegenheiten	104
aa)	Ausschließlich dem Beschuldigten bekannte Tatsachen und Beweise	104
bb)	Von der Amtsermittlungspflicht nicht mehr umfasste Beweise	105
cc)	Beeinflussung der Verarbeitung der gerichtlich erhobenen Beweise	106
b)	Ausgestaltung der Mitwirkungsobliegenheiten	106
c)	Wandlung zu Beanstandungsobliegenheiten	107
3.	Faktische weitere Mitwirkungsobliegenheiten in der Haupt- verhandlung	107
a)	Mitwirkungsobliegenheiten aufgrund der „informellen“ Präklusion der Aufklärungsrüge	107
b)	Mitwirkungsobliegenheiten aufgrund der Ausgestaltung der revisionsrechtlichen Überprüfung	110
c)	Mitwirkungsobliegenheiten bei formeller Verteidigung	112
D.	Bewertung	112
IV.	Absicherung der praktischen Handhabbarkeit der Beteiligungsrechte	114
A.	Gerichtliche Fürsorge	114
1.	Die Absicherungsfunktion der gerichtlichen Fürsorge	115
2.	Ausgestaltung der gerichtlichen Fürsorge	117
3.	Ausfall der gerichtlichen Fürsorge	119
B.	Formelle Verteidigung	119
1.	Die Absicherungsfunktion der formellen Verteidigung	119
a)	Absicherung der Handhabbarkeit der Beschuldigtenrechte	119
b)	Sicherung der Justizförmigkeit des Strafverfahrens als weitere Funktion formeller Verteidigung?	120
c)	Aktive Sicherung der Justizförmigkeit des Verfahrens durch prozessuale Mitwirkungspflichten?	121

2.	Ausgestaltung der formellen Verteidigung	123
a)	Recht auf Verteidigung	123
b)	Aufgaben des Verteidigers	124
c)	Speziell: Verteidigung mittelloser Beschuldigter – notwendige Verteidigung	126
aa)	Funktionen notwendiger Verteidigung	126
bb)	Anwendungsbereich notwendiger Verteidigung	127
cc)	Ausgestaltung notwendiger Verteidigung	129
3.	Ausfall der Verteidigung	130
a)	Körperliche Abwesenheit des Verteidigers	130
b)	Fehlerhafte Tätigkeit des Verteidigers	130
C.	Verhältnis der Absicherungen	134
D.	Grundsatz der Waffengleichheit als weiterer Absicherungs- mechanismus?	134
E.	Bewertung	135
V.	Abschließende Bewertung	139

Teil 3

**Die Steigerung der Prozessverantwortung des Beschuldigten
seit den 1990er-Jahren**

I.	Einführung	142
II.	Die Situation des deutschen Strafverfahrens seit den 1990er-Jahren	143
A.	Das deutsche Strafverfahren in der „Krise“	143
1.	Krisensymptom der unzureichenden Verfahrenseffizienz	143
2.	Verfassungsrechtliche Anknüpfung an der Funktionstüchtigkeit der Strafrechtspflege	145
3.	Vorgeschlagene und verwirklichte Maßnahmen zur Abhilfe	146
B.	Verteidigungsverhalten als (Mit-)Ursache der Krise	147
1.	Die Diskussion um verzögerndes und missbräuchliches Verteidigungsverhalten	147
2.	Anknüpfungspunkte im Verteidigungsverhalten	151
3.	Strukturbedingte Spielräume für verzögernde oder obstruierende Verteidigungsstrategien	152
a)	Aufsparen und Provozieren von Revisionsgründen	152
b)	Exzessiver Einsatz des Beweisantragsrechts	153
C.	Strukturelle Grenzen einer materiellen Beschränkung von Beteiligungs- rechten des Beschuldigten	155
1.	Begrenzung oder Abschaffung von Beteiligungsrechten	155
a)	Vorgeschlagene bzw. realisierte Maßnahmen	156
b)	Strukturelle Grenzen dieses Ansatzes	157

2.	Eingrenzung missbräuchlichen Beschuldigtenverhaltens	158
a)	Vorgeschlagene bzw. realisierte Maßnahmen	158
b)	Strukturelle Grenzen dieses Ansatzes	159
III.	Regelungsgehalt der geschaffenen Neuerungen	161
A.	Beanstandung von Fehlern der tatgerichtlichen Untersuchung	162
1.	Die Erweiterung der Präklusionsregelung aus § 238 Abs. 2 StPO	162
a)	Ursprünglicher Regelungsinhalt	162
aa)	Inhaltliche Vorgaben	162
bb)	Dogmatische Grundlage	163
cc)	Sachlicher Anwendungsbereich	165
b)	Regelungsinhalt nach der Erweiterung des sachlichen Anwendungsbereichs	167
aa)	Einebnung der Ausnahmefallgruppe für zwingendes Verfahrensrecht durch die Rechtsprechung	167
bb)	Vorschlag der vollständigen Anwendung auf zwingendes Verfahrensrecht aus Justizkreisen	170
c)	Zielsetzung der Verfahrensbeschleunigung und Ressourcenschonung	173
d)	Verfassungsmäßigkeit	174
2.	Die Widerspruchslösung	175
a)	Herausbildung der Widerspruchslösung	175
b)	Regelungsinhalt	175
aa)	Inhaltliche Vorgaben	175
bb)	Dogmatische Grundlage	178
(1)	Anwendung der bzgl. § 238 Abs. 2 StPO bekannten Ansätze	179
(2)	Der Widerspruch als Tatbestandsvoraussetzung	179
(3)	Der Widerspruch als prozessuale Einrede	181
(4)	Der Widerspruch als Zwischenrechtsbehelf nach <i>Mosbacher</i>	183
cc)	Sachlicher Anwendungsbereich	184
c)	Zielsetzung der Verfahrensbeschleunigung und Ressourcen- schonung	186
d)	Verfassungsmäßigkeit	187
3.	Erhöhte Begründungsanforderungen bei der Verfahrensrüge (die sog. „Negativtatsachen“)	188
a)	Bisherige Anforderungen an die Begründung der Verfahrens- rüge	188
b)	Die neuen Anforderungen zum Vortrag von Negativtatsachen	188
aa)	Negativtatsachen als „negative Tatbestandsmerkmale“	189
bb)	Negativtatsachen als hinzutretende, einem Verfahrens- fehler entgegenstehende Umstände	190
cc)	Speziell: Rügepräklusionen	192

c)	Zielsetzung Verfahrensbeschleunigung und Ressourcenschonung	193
d)	Verfassungsmäßigkeit	194
aa)	Vorrang des Gesetzes	194
bb)	Garantie effektiven Rechtsschutzes	196
B.	Eigene Beweisführung des Beschuldigten	197
1.	Das Merkmal der Konnexität im Beweisantragsrecht	197
a)	Herausbildung des Konnexitätserfordernisses	197
b)	Regelungsinhalt	199
aa)	Verständnis als Konnexität „im engeren Sinne“	199
bb)	Weiterentwicklung zur Konnexität „im weiteren Sinne“	200
cc)	Weiterentwicklung zur „qualifizierten“ Konnexität	201
dd)	Verhältnis zu anderen Bestimmungen des Beweisverfahrens	203
c)	Zielsetzung der Verfahrensbeschleunigung und Ressourcenschonung	204
d)	Verfassungsmäßigkeit	205
2.	Die Fristenlösung im Beweisantragsrecht	205
a)	Herausbildung der Fristenlösung	205
b)	Regelungsinhalt	207
c)	Zielsetzung der Verfahrensbeschleunigung und Ressourcenschonung	209
d)	Verfassungsmäßigkeit	210
C.	Konsensuale und kooperative Verfahrensbeendigungen	213
1.	Vorbemerkung	213
2.	Etablierte Möglichkeiten zur konsensualen Verfahrensbeendigung	215
a)	Strafbefehlsverfahren	215
aa)	Regelungsinhalt und Regelungszweck	215
bb)	Einordnung als konsensuales Verfahren	216
b)	Verfahrenseinstellung gem. § 153a StPO	219
aa)	Regelungsinhalt und Regelungszweck	219
bb)	Einordnung als konsensuales Verfahren	221
3.	Die Verständigung nach § 257c StPO	223
a)	Herausbildung der Verständigungsregelung	223
aa)	Entwicklung der Absprachenpraxis bis 2009	223
bb)	Schaffung des Verständigungsgesetzes	225
cc)	Urteil des Bundesverfassungsgerichts und Ausblick	227
b)	Regelungsinhalt	229
aa)	Gegenstand der Verständigung	230
bb)	Ablauf und Anforderungen an das Verständigungsverfahren	232
cc)	Bindungswirkung und Rückabwicklung	234

c)	Zielsetzung der Verfahrensbeschleunigung und Ressourcenschonung	237
d)	Verfassungsmäßigkeit	237
aa)	Das Verständigungsurteil des Bundesverfassungsgerichts ...	238
bb)	Verfassungsrechtlicher Spielraum für konsensuale Verfahrensbeendigungen	240
IV.	Steigerung der Prozessverantwortung des Beschuldigten infolge der neuen Regelungen	241
A.	Steigerung der Prozessverantwortung des Beschuldigten als Ausweg aus der Krise des deutschen Strafverfahrens	242
B.	Steigerung der Prozessverantwortung des Beschuldigten im Einzelnen	243
1.	Neue Beanstandungsobliegenheiten in der Hauptverhandlung und verschärfte Beanstandungsobliegenheiten in der Revision	244
a)	Schaffung neuer Beanstandungsobliegenheiten in der Hauptverhandlung	244
aa)	Neue Beanstandungsobliegenheiten in der Hauptverhandlung und dadurch bewirkte Verantwortungsverschiebung	244
bb)	Keine Verantwortungsverschiebung aufgrund fortbestehender Verpflichtungen des Gerichts?	246
cc)	Einordnung im Hinblick auf die Legitimation des Strafurteils	247
b)	Verschärfung der Beanstandungsobliegenheiten in der Revision ...	250
2.	Verschärfung der Mitwirkungsobliegenheiten des Beschuldigten	251
a)	Schaffung neuer Darlegungs- und Ermittlungsobliegenheiten	251
aa)	Konnexitätskriterium	252
bb)	Fristenlösung	253
b)	Einordnung im Hinblick auf die Legitimation des Strafurteils	254
c)	Speziell: Einfluss des Fortbestehens der Amtsermittlungspflicht des Gerichts	255
3.	Erhöhte Prozessverantwortung durch konsensuale bzw. kooperative Verfahrensbeendigungen	256
a)	Verantwortung für die Vollständigkeit der Sachverhaltsgrund- lage durch konsensuale Verfahrensbeendigungen	257
b)	Sonderfall kooperative Verfahrensbeendigung nach § 257c StPO	259
C.	Zwischenergebnis	260
V.	Aushöhlung der Beschuldigtenrechte infolge der Steigerung der Prozessverantwortung	262
A.	Das Risiko der Aushöhlung der Beteiligungsrechte des Beschuldigten	262
B.	Verwirklichung des Risikos im Einzelnen	265
1.	Aushöhlung der revisionsrechtlichen Verfahrensrüge	265
a)	Überforderung der Verteidigung mit den Beanstandungs- obliegenheiten in der Hauptverhandlung	265

b)	Überforderung der Verteidigung mit den Darlegungs- obliegenheiten im Rechtsmittelverfahren	268
c)	Speziell: Aushöhlung der Verfahrensrüge als durchaus gewünschter Effekt	269
2.	Aushöhlung des Beweisantragsrechts	270
a)	Überforderung der Verteidigung mit den Anforderungen an die Beweisantragstellung	270
b)	Strukturelle Defizite aufgrund unzureichender Informations- möglichkeiten im Ermittlungsverfahren	271
3.	Aushöhlung der Beschuldigtenposition insgesamt durch konsensuale oder kooperative Verfahrensbeendigungen	272
a)	Strukturelle Defizite aufgrund unzureichender Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten im Ermittlungsverfahren	272
b)	Strukturelle Defizite bei der formellen Verteidigung	274
C.	Zwischenergebnis	277
VI.	Zusammenfassung und Ausblick	278

Teil 4

**Rechtsvergleichende Perspektive – Prozessverantwortung
im US-amerikanischen Strafverfahren**

I.	Einführung	280
A.	Ziel und Gegenstand der Vergleichung	280
B.	Vorgehensweise bei der Vergleichung	282
C.	Für die Vergleichung relevante weitere Strukturelemente neben dem adversatorischen Beweisverfahren	283
1.	Entscheidung über die Schuldfrage durch ein Geschworenen- gremium (<i>jury</i>)	284
2.	Weites Anklageermessen der Staatsanwaltschaft	286
3.	Beweisverwertungsverbote zur Disziplinierung der Polizei	289
II.	Verfahrensstruktur und Legitimation des Strafurteils	291
A.	Verfassungsrechtliche Vorgaben	291
B.	Einfachgesetzliche Ausgestaltung	294
1.	Das adversatorische US-amerikanische Strafverfahren	294
2.	Gewichtung der Legitimationsgrundlagen des Strafurteils	295
a)	Amtliche Wahrheitsermittlung durch die Staatsanwaltschaft	296
b)	Beteiligung und Prozessverantwortung des Beschuldigten	298
c)	Zwischenergebnis	299
3.	Strukturimmanente Vorzüge und Defizite	300
a)	Keine systemimmanente Voreingenommenheit des Gerichts	300
b)	Defizite bei der Vollständigkeit der Sachverhaltsermittlung	300

aa)	Grundsätzliche Ausrichtung des adversatorischen Verfahrens auf eine bloß formelle Wahrheit?	301
bb)	Risiko der Unvollständigkeit des Sachverhalts	303
C.	Verfahrensstruktur und zugrunde liegendes Staatsverständnis	305
III.	Materielle Beteiligungsrechte des Beschuldigten und daraus resultierende Obliegenheiten	306
A.	Informationsrechte zur Vorbereitung von Beweisführungen	306
1.	Zugang zu Informationen der Strafverfolgungsbehörden	307
a)	Akteneinsichtsrecht (<i>discovery und disclosure</i>)	307
b)	Staatsanwaltschaftliche Verpflichtung zur Offenlegung entlastender Beweise (sog. „Brady-Regelung“)	309
c)	Durchführung des Anklageüberprüfungsverfahrens (<i>preliminary hearing</i>)	311
2.	Informationsverschaffung durch eigene Ermittlungen	312
B.	Beweisführungsrechte des Beschuldigten im streitigen Verfahren	314
1.	Ausgangspunkt: Die staatsanwaltschaftliche Beweisführung	315
a)	Gegenstand der staatsanwaltschaftlichen Beweisführung	315
b)	Grenzen der staatsanwaltschaftlichen Beweisführung	316
2.	Beanstandung der staatsanwaltschaftlichen Beweisführung	317
a)	Beanstandung unzulässiger Beweisführungen	317
aa)	Beanstandungsrechte in bzw. vor der Hauptverhandlung	318
bb)	Rügepräklusion bei unterlassener Beanstandung (<i>raise-or-waive rule</i>)	320
cc)	Ausnahmen von der Präklusionswirkung bei schweren Verfahrensfehlern (<i>plain error</i>)	322
dd)	Keine Urteilsaufhebung bei einem geringfügigen Fehler (<i>harmless error</i>)	325
b)	Beanstandung einer nicht tragfähigen Beweisführung	326
3.	Inhaltliche Überprüfung und Entkräftung der staatsanwaltschaftlichen Beweisführung	327
a)	Verfassungsrechtliche Garantie des Konfrontationsrechts in Amendment VI	327
b)	Einfachgesetzliche Umsetzung im Recht auf Durchführung eines Kreuzverhörs	330
c)	Stellenwert des Konfrontationsrechts bzw. des Kreuzverhörs	332
4.	Eigene Beweisführung	333
a)	Verfassungsrechtliche Garantie des Rechts auf Vorführung eigener Beweise	333
b)	Einfachgesetzliche Ausgestaltung	335
aa)	Rechtliche Instrumente zur eigenen Beweisvorführung	335
bb)	Anforderungen an die Zulässigkeit eigener Beweise	336
cc)	Beibringung der Beweismittel	338
dd)	Präklusionsbewehrte Offenlegung von Verteidigungseinreden	339
c)	Stellenwert des Rechts auf Einführung eigener Beweise	341

C.	Beweisführungsrechte des Beschuldigten im konsensualen Verfahren	342
1.	Funktionsweise konsensualer Verfahrensbeendigungen	342
a)	Die Abgabe eines Schuldbekenntnisses durch den Beschuldigten ..	342
b)	Verhandlungen mit der Staatsanwaltschaft über die Abgabe eines Schuldbekenntnisses (<i>plea bargaining</i>)	344
2.	Beweisführungsrechte beim <i>plea bargaining</i>	348
D.	Resultierende Obliegenheiten des Beschuldigten	348
1.	Beanstandungsobliegenheiten in der Hauptverhandlung	348
a)	Beanstandung unzulässiger staatsanwaltschaftlicher Beweisführungen	348
b)	Beanstandung einer nicht tragfähigen staatsanwaltschaftlichen Beweisführung	350
2.	Mitwirkungsobliegenheiten an der Vollständigkeit der Sachverhaltsgrundlage	350
a)	Bezugspunkte der Mitwirkung	350
b)	Ausgestaltung der Mitwirkungsobliegenheiten	351
aa)	Präsentation, Begründung, Beibringung	351
bb)	Vorbereitung und Ermittlung	353
3.	Prozessverantwortung im konsensualen Verfahren	355
E.	Vergleichende Bewertung	356
IV.	Absicherung der praktischen Handhabbarkeit der Beteiligungsrechte	360
A.	Fürsorge staatlicher Akteure	360
B.	Formelle Verteidigung	362
1.	Die Absicherungsfunktion der formellen Verteidigung	362
2.	Ausgestaltung der formellen Verteidigung	363
a)	Recht auf Verteidigung	364
b)	Aufgaben des Verteidigers	365
c)	Speziell: Verteidigung mittelloser Beschuldigter	366
aa)	Verfassungsrechtliche Verankerung	366
bb)	Ausgestaltung und Finanzierung staatlich bestellter Verteidigung	368
(1)	Bestellung von Verteidigern auf Fallbasis (<i>assigned counsel model</i>)	369
(2)	Verteidigung durch ein <i>public defender</i> -Büro	371
(3)	Vertragliche Übertragung von Fallkontingenten (<i>contract model</i>)	371
cc)	Weitere Leistungen für mittellose Beschuldigte	372
3.	Rechtsmittelrüge ineffektiver Verteidigung	374
a)	Verfassungsrechtliche Verankerung	374
b)	Voraussetzungen der Rechtsmittelrüge ineffektiver Verteidigung	375

aa) Fehlerhafte Tätigkeit des Verteidigers (<i>deficient performance</i>)	375
bb) Nachteilhafte Auswirkung auf das Verfahrensergebnis (<i>prejudice</i>)	378
c) Verfahrensrechtliche Besonderheiten bei einzelstaatlichen Verurteilungen	381
C. Vergleichende Bewertung	383
V. Abschließende vergleichende Bewertung und Ausblick	389

Teil 5

Erörterung von Lösungsansätzen

I. Grundausrichtung der zu erarbeitenden Vorschläge	392
A. Systematisierung möglicher Ansätze	392
B. Keine „Rückkehr zur alten StPO“	393
1. Vorschläge zur Absenkung der Prozessverantwortung des Beschuldigten	393
a) Abschaffung der neuen Regelungen	394
b) Aktivierung der gerichtlichen Fürsorgepflicht	394
aa) Allgemeine Charakteristika dieses Ansatzes	394
bb) Speziell: Einführung einer Zustimmungslösung anstelle der Widerspruchslösung	395
2. Bedenken gegenüber dieser Ausrichtung	397
a) Ungewisse Realisierungschancen	397
b) Starrheit des eindimensionalen Amtsermittlungsverfahrens	397
C. Zwischenergebnis	399
II. Denkbare Lösungsansätze	399
A. Ausbau der Informations- und Beteiligungsrechte im Ermittlungs- verfahren	400
1. Handlungsbedarf	400
2. Umsetzungsmöglichkeiten	402
a) Teilnahme und Mitwirkung an Beweiserhebungen	402
b) Erwirkung eigener Zeugenvernehmungen	404
3. Potenzial der Umsetzungsvorschläge	406
B. Ausweitung des Anwendungsbereichs notwendiger Verteidigung	407
1. Handlungsbedarf	407
2. Umsetzungsmöglichkeiten	408
3. Potenzial der Umsetzungsvorschläge	409
C. Verstärkte Qualitätssicherung formeller Verteidigung	410
1. Handlungsbedarf	410

2.	Umsetzungsmöglichkeiten	410
3.	Potenzial der Umsetzungsvorschläge	412
D.	Verfahrensrechtliche Konsequenzen aus unzureichender Verteidigung	414
1.	Handlungsbedarf	414
2.	Umsetzungsmöglichkeiten	416
a)	Verfahrensrechtlicher Mechanismus	416
aa)	„(Fremd-)Kontrollmodell“ – Kontrolle durch das Tatgericht	417
bb)	„Rechtsbehelfsmodell“ bzw. „Eigenkontrollmodell“	419
b)	Kriterien zur Bestimmung unzureichender Verteidigung	419
aa)	Abstellen auf materielle Kriterien	420
bb)	Ergänzendes Abstellen auf formelle Kriterien	421
3.	Potenzial der Umsetzungsvorschläge	424
E.	Schlussbemerkung: Rechtspolitische Realisierungschancen	425
III.	Anlass für eine Neuorientierung des gesamten Verfahrens?	426
A.	Die drohende „Parteirolle“ des Gerichts	427
B.	Überlegungen zu einer Neuorientierung des Verfahrens	430
	Schlussbetrachtung	435
	Literaturverzeichnis	439